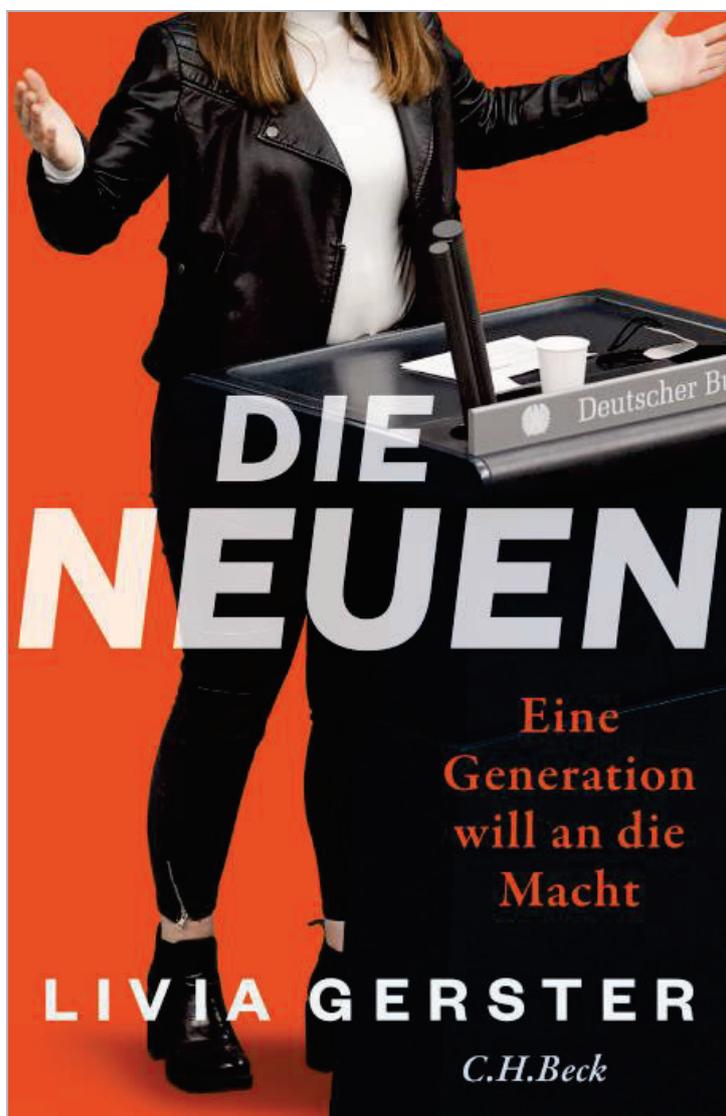


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Livia Gerster**

**Die Neuen**

Eine Generation will an die Macht

2022. 335 S.

ISBN 978-3-406-79123-9

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/33757037>

© Verlag C.H.Beck oHG, München  
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.  
Sie können gerne darauf verlinken.

Livia Gerster

**Die Neuen**

Livia Gerster

## **Die Neuen**

• **Eine Generation  
will an die Macht** •

C.H.Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2022

[www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)

Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg

Umschlagabbildung: Die Grünen-Abgeordnete Emilia Fester  
bei ihrer Rede im Deutschen Bundestag am 17. März 2022.

© picture alliance/Flashpic | Jens Krick

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: CPI books GmbH

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

ISBN 978 3406 79123 9



klimaneutral produziert

[www.chbeck.de/nachhaltig](http://www.chbeck.de/nachhaltig)

## **Inhaltsverzeichnis**

- Vorwort · 7
- Und plötzlich ist Krieg · 13
- Wie die Millennials politisch wurden · 34
- Angriff auf das Michael-Prinzip · 55
- Gruppe 49 · 76
- Ein privates, sehr politisches Problem · 93
- Krasser Content · 118
- Die große Verschwörung · 143
- Grüne Harmonielehre · 157
- Zeitenwende · 181
- Häutungen · 191
- Ein Land namens Trade Republic · 213
- Zwischen Wagenknechten und Hufeisenschmieden · 235
- Dementoren · 259
- Revolution verschoben · 280
- Die Entdeckung der Selbstwirksamkeit · 299
- Ok Boomer · 311
- Personenregister · 331

## **Vorwort**

Zwei Tage nach der Bundestagswahl machen die jungen SPD-Abgeordneten ein Gruppenfoto vor dem Bundestag. Sie sind so viele, dass sie sich auf zwölf Treppenstufen verteilen müssen. Ganz vorn lächelt die Juso-Vorsitzende Jessica Rosenthal triumphierend in die Kamera. «Eine Machtdemonstration», sagt ihre Büroleiterin Julie Rothe hinterher zu mir. Die 49 Jusos im Parlament wollen die Alten das Fürchten lehren. Und auch die jungen Grünen haben einiges vor.

Ein Jahr später ist viel passiert. So viel, dass sich ohne Übertreibung sagen lässt: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine neue Politikergeneration vor so gewaltigen Herausforderungen gestanden wie jetzt, seit Putins Überfall auf die Ukraine. Plötzlich erfahren die Deutschen, von denen viele während der letzten Jahrzehnte im Schlafwagen durch die Weltgeschichte geglitten sind: Freiheit hat ihren Preis.

Nun rüstet Deutschland widerwillig auf und liefert widerwillig Waffen in die Ukraine. Einkaufen ist teuer geworden, tanken auch. Das Gas wird knapp. Bis weit in die Mittelschicht hinein grassiert die Angst vor Wohlstandsverlust.

Deutschland muss raus aus der Abhängigkeit vom Kriegsverbrecher Putin – und muss dafür rein in die Abhängigkeit von einem mörderischen Regime in Katar. Während Putin das Gas, das er nicht mehr loswird, einfach abfackelt, werden im Wattenmeer Flüssiggas-terminals gebaut. Und in einem Jahr, in dem Rekordhitze, Rekorddürre und Rekordwaldbrände eigentlich zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der fossilen Energie zwingen, wird der Wiedereinstieg in

die Kohleverbrennung durch die Folgen von Putins Krieg alternativlos.

Von all dem ahnten die vielen jungen Abgeordneten nichts, als sie fröhlich in den Bundestag einzogen. Eigentlich wollten sie die Klimawende stemmen, die Pandemie in den Griff kriegen, ihre Politik den jungen Leuten auf Instagram und TikTok erklären. Nun geht es auf einmal um Krieg und Frieden, Leben und Tod. Es geht darum, sehr schnell, sehr pragmatisch schwerwiegende Entscheidungen zu treffen – auch solche, die all ihren bisherigen Überzeugungen zuwiderlaufen.

Wie gehen sie damit um, die Neuen im Parlament? Können sie sich und ihren Idealen treu bleiben angesichts der gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit? Oder werden sie innerhalb kürzester Zeit selbst zu den angepassten Funktionären, die sie nie werden wollten? Was haben sie vor? Wollen sie den Aufstand proben? Karriere machen?

Das habe ich sie gefragt. 35 Abgeordnete unter 35 Jahren habe ich in den letzten Monaten kennengelernt, manche von ihnen habe ich immer wieder getroffen. Ich habe mit Weggefährtinnen und Journalisten gesprochen, Mitarbeiterinnen aus dem Bundestag und Kollegen aus den Jugendorganisationen. Und die Alten habe ich auch gefragt. Ehemalige und Aktive, Insider und Outsider. An die 70 Gespräche insgesamt. Manche blieben lieber anonym, aus Bescheidenheit oder Vorsicht. Die meisten aber erzählten mir sehr offen von ihrer Arbeit, ihren Beobachtungen, ihren Zweifeln und Erfolgserlebnissen.

So viele junge Leute wie noch nie sitzen seit der letzten Bundestagswahl im Parlament. Manche von ihnen haben mir gleich das Du aufgezwungen: «Wir sind ja ein Alter.» Andere, sechs oder sieben Jahre jünger als ich, fragten befremdet: «Sind wir überhaupt noch eine Generation?»

Gute Frage.

Siri, wer gehört zur Generation Y?

Wir sind die Generation, die Fragen lieber an Siri oder Google weitergibt, als nach der Antwort im eigenen Gehirn zu suchen. Wir sind die Generation, die Sensibilität predigt und digitale Ohrfeigen austeilt. Wir sind die letzte Generation, die den Klimawandel aufhalten kann, und die erste, für die das Aufstiegsversprechen nicht mehr gilt. Unsere Mieten werden immer teurer, und die Erde wird immer wärmer. Früher hörten wir dieses Lied: «36 Grad und es wird noch heißer, mach den Beat nie wieder leiser.» Wir wussten nicht, dass es so gemeint war.

Wikipedia nennt uns «Millennials». All jene, die zwischen den ersten Jahren der 1980er und der Jahrtausendwende geboren sind. Die Generation umfasst mich (Jahrgang 1990) genauso wie die Jüngste im Bundestag (Jahrgang 1998). Da die meisten Jugendorganisationen der Parteien ihre Altersgrenze bei 35 Jahren haben, gilt auch für dieses Buch: Jung sind einfach alle, die bei der Bundestagswahl noch keine 35 Jahre alt waren.

Nach meinen Berechnungen sind das 127 Abgeordnete, die allermeisten davon neu im Bundestag. Weil aber heutzutage vieles fluide ist, will ich lieber nicht auf dieser Zahl herumreiten. Der Neuköllner Abgeordnete Hakan Demir darf zum Beispiel auch noch mit 37 Jahren bei der Juso-Gruppe im Bundestag mitmachen. So genau nehmen die Jungen das mit dem Alter nicht. Es kommt wahrscheinlich eher darauf an, wie man sich fühlt. Was man aber mit Sicherheit sagen kann: ganz schön viele Millennials auf einem Haufen.

Unser Gegenpart sind die Boomer, die sogenannten «geburtenstarken Jahrgänge» nach dem Krieg, die Kinder der Trümmerfrauen und Wirtschaftswundermänner. Je nach Definition sind das alle, die zwischen 1950 und 1970 geboren sind, damals, als es bergauf ging mit der jungen Bundesrepublik und es noch keine Pille gab. Heute sind sie immer noch da und geben den Ton an. Und wir wollen sie loswerden – und können doch nicht ohne sie.

In der Formel «Ok Boomer» drückt sich diese Ambivalenz aus. Das ist unsere Standard-Erwiderung auf alle Einlassungen der Älteren. Meistens sagen wir das genervt, nach dem Motto: Ok Boomer, ihr habt doch eh keine Ahnung. Manchmal schleudern wir ihnen die Worte auch wütend entgegen, in ohnmächtigem Zorn angesichts ihrer Überzahl. Manchmal klingen sie aber auch liebevoll spöttisch: Ok Boomer, wenn ihr meint.

Dazwischen gibt es die Generation X, diese etwas unscheinbare, etwas zu kurz gekommene Sandwich-Generation. Florian Illies hat sie die Generation Golf genannt: unpolitische Markenfetischisten und Hedonistinnen.

Diejenigen unter ihnen, die es irgendwann aus den Technoclubs in die Politik zog, bewegen sich dort nun besonders wendig und flexibel, immer im Casual Business Look. Sie sind pragmatische Politikmanager, überzeugt davon, dass jedes politische Problem nur ein Kommunikationsproblem ist. Sie hassen Grundsatzdebatten und moderieren alles weg, und jetzt, wo die Jüngeren vor der Tür stehen, müssen sie schon wieder moderieren: zwischen den sturen Boomern und den fordernden Millennials. Als sie selbst mit der Politik angefangen haben, standen die Boomer noch in Saft und Kraft. Sie mussten deshalb immer besonders gut, besonders schnell, besonders professionell sein. Auch heute noch stehen sie immerzu unter dem Druck, sich zu beweisen.

Die Millennials sind anders als sie. Nicht durchweg, aber doch in vielerlei Hinsicht. Sie sind selbstbewusster. Sie haben Mut zur Imperfektion.

In der Welt der Influencer gehört es neben dem schönen Schein inzwischen auch dazu, seine Pickel und Cellulite herzuzeigen. «Das ist normal!», heißt es dann fröhlich. Body Positivity. Und in der Politik gehört es inzwischen dazu, über Schwächen zu reden. Über Depressionen, Burnout, Frust und Zweifel.

Die Jungen wissen, dass Politik Härten mit sich bringt. Aber sie

wissen auch, dass sie gebraucht werden, wenn die Älteren sich in den Ruhestand verabschieden. Deshalb stellen sie Ansprüche. So wie die Millennials überall auf dem Arbeitsmarkt nach Teilzeit und Sabbaticals fragen, achten auch die jungen Abgeordneten auf ihre Work-Life-Balance.

«Empowerment» heißt das Stichwort, unter dem Millennials sich gegenseitig abfeiern. Shine bright! Egal wer du bist, wie du aussiehst, wen du liebst, wie du lebst! Das setzt neue Kräfte frei. Und lässt doch vieles beim Alten. Den Kapitalismus wird diese Generation wohl eher nicht abschaffen. Aber sie macht endlich ernst mit dem Versprechen von gleichen Chancen für alle.

Mein Lektor war dagegen, dass der Begriff «Millennials» irgendwo auf dem Buchdeckel auftaucht. Wisse eh keiner, was das genau ist. Noch dazu Englisch. Stimmt. Und trotzdem mag ich das Wort. Millennial, das klingt irgendwie gleichermaßen nach Magnum-Eis, Bravo Hits 2000 und Pennälern. Außerdem ist es genderneutral. Auch sehr praktisch.

Apropos: «Das hätten Sie mir vorher sagen sollen, dass Sie gendern!», sagte einer meiner Gesprächspartner nach einem langen Interview. Feixend, aber durchaus ernsthaft entrüstet. Dann hätte er sich das nämlich nochmal überlegt mit dem Gespräch. Die Rede ist von Hubert Kleinert, dem langjährigen Weggefährten von Joschka Fischer und Grünen der ersten Stunde. Früher war er mal der Schreck aller Bürgerlichen, heute jagen ihm gendernde FAZ-Redakteurinnen einen Schrecken ein. Es ist also alles ziemlich verworren. Und schon allein deshalb muss ich den Leser:innen hier ab und zu den Doppelpunkt zumuten. Denn auch die rücksichtsvolle Sprache ist ein Thema unserer Generation.

Noch wichtiger als eine gerechte Sprache ist den politischen Millennials aber eine gerechte Welt. Und im Zweifel würden sie die Genderneutralität wohl auch gegen Klimaneutralität eintauschen. Dafür kamen die Jungen ins Parlament. Sie kamen, um Windräder zu

bauen, den Paragraphen 219 a zu streichen und die Mieten zu senken. Sie kamen, um Cannabis zu legalisieren, das Transsexuellen-Gesetz abzuschaffen und die Bafög-Gelder zu erhöhen. Und ja, sie kamen auch, um über Quoten zu reden, über Vielfalt und Repräsentation.

Stattdessen ist Krieg.

## **Und plötzlich ist Krieg**

Erschüttert, geschockt, bestürzt. Diese oder ähnliche Worte wählen alle der jungen Abgeordneten, die mit mir über den 24. Februar 2022 sprechen. Nur einer erzählt freimütig – und ohne dass ich danach gefragt hätte –, dass er geweint habe an jenem Kriegsmorgen.

Das ist keiner von den grünen Sensibelchen und keiner der woken Jusos. Es ist Max Mordhorst, der lauteste Krawall-Juli im Bundestag. Ein junger FDP-Mann im Anzug mit breiter Brust und großer Klappe und einem Twitter-Account, der alle Linken zur Weißglut bringt.

Da haut er gern mal was raus, zum Beispiel: «Fridays for Future ist tot.» Oder: «Ganz ehrlich, ich freue mich schon richtig auf mein neues Auto, mit dem ich mit 200 über die Autobahn kacheln werde.» Darüber entsetzen und mokieren sich dann viele, die Gewitzteren kontern: Fridays for Future soll tot sein? «Nicht so tot wie die FDP.» Dazu die Diagramme der letzten Landtagswahlen.

Mordhorst kann das ab. Er kann austeilen und einstecken. Aber er kann eben auch anders.

In jener Nacht, als Putin allen rationalen deutschen Berechnungen zum Trotz seine Truppen über die Grenze marschieren ließ, in ein souveränes, unschuldiges, sich nach Westen streckendes Land, da lag Max Mordhorst lange wach. Er starrte auf seine Handynachrichten, döste, fuhr wieder hoch, sobald die nächste Push-Mitteilung das Zimmer erleuchtete.

Am frühen Morgen sind die Spekulationen Gewissheit: Russland hat die Ukraine überfallen. Von allen Seiten. Mordhorst stürzt zu Hause in Kiel vor den Fernseher – es ist gerade Wahlkreiswoche. In

diesem Moment überkommt es ihn. «Das hat mich total überwältigt.»

Krieg kennen wir nur aus Geschichtsbüchern. Krieg haben nicht mal unsere Eltern erlebt. Krieg ist etwas von vorgestern oder etwas, was in anderen Weltgegenden geschieht, solchen, die ich etwa als Arabistik-Studentin und später auch als Journalistin bereist habe. Im Irak sah ich, was ein Krieg anrichtet. In einer Krankenhaus-Ruine im zerstörten Mossul spürte ich es auch.

Ist das vielleicht weniger schlimm, ein vom Westen geführter Krieg?, fragen jene, die den Krieg in der Ukraine gern relativieren, sowohl von links als auch von rechts. Natürlich nicht. Für mich war der Irak auch noch nie «weit weg». Aber er liegt eben nicht in Europa. Dort schien Krieg einfach unvorstellbar.

«Man kommt in den Bundestag und denkt, man hätte Macht», sagt Mordhorst. «Und dann fühlt man sich erstmal völlig ohnmächtig.»

Wir sitzen vor dem Reichstagsgebäude am Wasser. Seit Februar ist es warm geworden, die Deutschen haben sich an den Krieg in den Nachrichten gewöhnt. Manchmal trägt der Wind das Gläserklirren und Lachen aus dem Garten der Parlamentarischen Gesellschaft herüber. Eines der vielen Sommerfeste im politischen Berlin. Mordhorst hat noch keinen Feierabend. Gleich muss er im Bundestag über Zinsen reden. Es gibt wieder andere Themen als den Krieg in der Ukraine. Und doch ist nichts, wie es vorher war.

«Es wäre zu früh, zu sagen, ich bin politisch erwachsen geworden», sagt Mordhorst. Er seufzt. «Aber erwachsener.»

In seinem Gefühl von Ohnmacht reagiert Max Mordhorst an jenem 24. Februar, wie man in unserer Generation eben reagiert: Man twitert seine Ohnmacht in die Welt hinaus. «Habe mich selten so machtlos gefühlt», schreibt er um 9:42 Uhr. Hashtag Ukraine.

**#StandWithUkraine** wird an diesem Tag zum omnipräsenten Schlachtruf. Diese Schlacht ist allerdings völlig gefahrlos, eine reine

Twitter-Schlacht, bei der alle auf der gleichen Seite kämpfen. Profilbilder werden in gelb und blau getaucht. Es wimmelt von Emoticons der ukrainischen Fahne. Weil es im sicheren Deutschland für niemanden von uns etwas zu verlieren gibt, fechten wir auf unseren Smartphones verzweifelte Ersatzkämpfe aus.

So wie ich und viele andere arbeitet sich Mordhorst an jenem Morgen auf Twitter an Ralf Stegner ab. Der SPD-Politiker der alten Garde warnt nur wenige Stunden nach dem russischen Überfall vor «einem Wettrüsten». Militärisch ließen sich Probleme nicht lösen.

Das klingt, als sollten sich die Ukrainer:innen am besten auf der Stelle ergeben. «Sie sollten dringend Ihren Kompass überprüfen», schimpft Mordhorst. «Wenn man als Putinverstehler widerlegt ist und trotzdem recht haben will», schimpfe ich.

Zwei selbstgerechte Millennials. Zu jung, um selbst schon Fehler begangen zu haben, aber alt genug, um die Fehler der Älteren anzuprangern. Diese Gelegenheit lassen wir uns nicht entgehen.

Gleichzeitig überkommt Mordhorst ein Unbehagen angesichts der plötzlich überall bekundeten Solidarität. «Tut mir leid, aber ich finde dieses **#StandWithUkraine** einfach zynisch», schreibt er. Er wolle sich erst einmal öffentlich zurückhalten, solange er keine konkrete Hilfe leisten könne.

Kurze Zeit später folgt der nächste Tweet.

Es ist die Tragik unserer Generation, dass wir aus der Social-Media-Logik einfach nicht ausbrechen können, egal ob wir uns Pausen verordnen und sie mit großem Trara auf allen Kanälen ankündigen oder das Konto löschen und es dann doch wieder aktivieren. Jeder Anspannung muss mit sofortiger Online-Aktivität begegnet werden. Und dieser 24. Februar ist für uns die Mega-Anspannung.

Auf Instagram tanzt die Influencerin Charlotte Weise (177 Tausend Follower) am Kriegstag ihre Verzweiflung mit kreisenden Hüften in die Kamera hinein. Ihre Botschaft: «Wohin mit all den Sorgen, Ängsten und der Trauer... lass die Energie irgendwie raus!» Auf Twit-

ter empfiehlt eine Podcasterin für alle, «die gerade psychisch strug-  
glen», Achtsamkeitsübungen.

Digitale Selbsthilfegruppen im Angesicht des Krieges. Das ist so ty-  
pisch für unsere Generation. Und deshalb muss ich, genauso typisch  
für unsere Generation, öffentlich darüber spotten. «64 km langer rus-  
sischer Militärkonvoi rollt auf Kiew zu und Influencer empfehlen  
Atemübungen gegen den Stress in der Timeline», ätze ich.

Ich glaube, wir sind alle überfordert.

\* \* \*

Auch Kevin Kühnert tut sich schwer. Der junge Hoffnungsträger der  
SPD ist vom No-GroKo-Rebell zum Generalsekretär aufgestiegen und  
findet sich nun in der absurden Situation wieder, den Regierungskurs  
jenes Mannes verteidigen zu müssen, den er eigentlich die ganze Zeit  
bekämpft hat. Den von Kanzler Olaf Scholz.

Dass es keine leichte Aufgabe werden würde, war ihm vorher  
klar. Aber nun droht ein Krieg, und Kühnert ist kein Außenpolitiker.  
Mit Osteuropa hat er sich bisher wenig befasst. Er hat zwar eine  
Meinung zu Russland, doch die ist viel kritischer als die seiner Par-  
tei. Als Generalsekretär hat er sich entschieden, für die Partei zu  
sprechen und seine Privatmeinung hintanzustellen. Kann das gutge-  
hen?

Für die SPD ist die Gasleitung Nord Stream 2 ein Herzensprojekt.  
Ein richtig gutes Geschäft, moralisch veredelt durch die Losung vom  
Wandel durch Handel. Wenn da bloß nicht seit Jahren die bohren-  
den Fragen nach der Krim und nach Nawalny wären. Deshalb haben  
die Genossen gemeinsam mit Angela Merkel die Mär vom «rein pri-  
vatwirtschaftlichen Projekt» ersonnen, das nichts mit Politik zu tun  
haben soll.

Von diesem «rein privatwirtschaftlichen Projekt» sprachen schon  
Gerhard Schröder, Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel.

Nach der Bundestagswahl 2021 spricht auch Kanzler Olaf Scholz davon.

Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk erzählte mir mal, dass zwei Personalien für ihn nach der Bundestagswahl einer Hiobsbotschaft gleichkamen: Jens Plötner als außenpolitischer Berater von Kanzler Scholz und Andreas Michaelis als Staatssekretär unter Außenministerin Baerbock. Von außen gesehen sind Scholz und Baerbock zwei neue Köpfe, Melnyk aber sieht in ihren Beratern die Fortführung von 20 Jahren verfehlter Russlandpolitik. Beide Diplomaten sind in der Regierungszeit von Gerhard Schröder aufgestiegen und prägen seitdem den Machtapparat. Das muss man nicht, so wie Melnyk, als Menetekel sehen, aber die Personalien zeigen, wie beständig die deutsche Außenpolitik über all die Jahre war.

Vor allem die SPD ist so festgefahren in ihrem Kurs, dass es für Kevin Kühnert kein Entrinnen gibt. Im gemeinsamen Podcast mit seinem Duzfreund und Chef Lars Klingbeil übt er Anfang des Jahres 2022 die Rhetorik ein. «Ich will das nicht bagatellisieren», sagt Kühnert und tut dann genau das. Er bagatellisiert Putins Drohungen als «Schauspiel». Man müsse auch fragen: Warum redet der so? «Muss der gerade Stärke zeigen, weil er unter Druck steht?» Dann ärgern sich Kühnert und Klingbeil gemeinsam über die lästigen Fragen nach Nord Stream 2. Wenn man alle Autokraten boykottiere, werde man schon sehen, wo man bleibt.

Nachdem Kühnert die Argumente erprobt hat, vertritt er sie auch nach außen. Das heißt: Er setzt sich den Stahlhelm auf und holzt drauf los. Die Leitung sei quasi am Netz, bellt er. Irgendwann sei es auch mal gut mit der Debatte. Es brauche endlich einen «politischen Frieden» in diesem Streit. Es fehlte nicht viel und er hätte in Schröderscher Manier «Basta» gerufen.

Nur stehen rund um die Ukraine echte Generäle mit echten Helmen, kurz davor, in eine echte Schlacht zu ziehen. Hier die existen-

zielle Gefahr, da Kühnerts zynisches Wort vom «Frieden» – ausgerechnet im Zusammenhang mit der russischen Röhre.

Die Kritik lässt nicht auf sich warten. Profilierte Außenpolitiker der CDU sind entsetzt. Ukraine-Expert:innen sowieso. Die Klimaaktivistin Luisa Neubauer, Mitstreiterin aus frühen Jugendtagen, zeigt sich auch persönlich enttäuscht: «Ausgerechnet du», schreibt sie. Für wen mache er das? «Für Putin und Gazprom?»

Kühnerts Argumente fallen in sich zusammen – und mit ihnen das ganze außenpolitische Gerüst der SPD. Ein Trümmerhaufen aus 30 Jahren Russlandverklärung. Und der junge Generalsekretär Kühnert, gerade mal so alt wie die Summe dieser Trümmer, wird urplötzlich unter ihnen begraben. Das habe ihm ganz schön zugesetzt, erzählt mir eine Parteifreundin später.

Die Kritik tut vor allem deshalb weh, weil Kühnert mit dem alten SPD-Erbe eigentlich gar nichts zu tun hat. Er war nie ein Russlandromantiker. Im Gegenteil.

Kevin Kühnert wurde im Jahr des Mauerfalls geboren. Er gehört zu einer Generation von Jusos, die Schluss machen wollten mit dem Russland-Verstehertum in der SPD. Er ist geprägt von den sogenannten «Antideutschen», einer Strömung innerhalb der Linken, die sich für Solidarität mit Israel ausspricht und gegen Antiamerikanismus. Sie entstand nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als linkes Bollwerk gegen die Sowjet-Nostalgie und in Abgrenzung zur antiimperialistischen Strömung der globalen Linken, in der Diktatoren gern mal verharmlost werden.

Im Sommer 2021, lange vor Kriegsausbruch und lange vor Schröders endgültiger Selbstdemontage, habe ich Kühnert für die FAS im Wahlkampf begleitet, und irgendwie kamen wir auf das Russland-Problem der SPD zu sprechen. Kühnert redete von «glühenden Russlandfreunden, wo sich allen Jusos die Nackenhaare aufstellen». Für ihn sei die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr vor allem eine alte Antwort auf eine alte Frage. Heute brauche es neue Konzepte.

«Diese Überdehnung, ja Pervertierung der Formel ‹Wandel durch Annäherung› hat sich zu einer Blindheit entwickelt.»

So klar sprach der Juso Kühnert. Doch der Generalsekretär Kühnert will seiner Partei offenbar beweisen, dass man auf ihn zählen kann. Er weiß ja, dass viele ihm die Sache mit der No-GroKo-Kampagne immer noch übelnehmen. Da ist erstmal Nibelungentreue angesagt.

Nach seinem ersten Fehltritt denkt Kühnert um. Vielleicht hat er das mit der Loyalität doch übertrieben. Erst Rebell, dann oberster Gefolgsmann, irgendwie muss er noch sein Gleichgewicht finden, irgendwie hat er sich noch nicht ganz eingefunden in seine neue Rolle als Generalsekretär.

Als Putins Einmarsch kurz bevorsteht, wirkt Kühnert nachdenklich. Über konkrete Politik will er am liebsten gar nicht reden, sondern vor allem Solidaritätsbekundungen an das ukrainische Volk loswerden. Bloß nicht in das nächste Fettnäpfchen treten. Bloß nicht schon wieder unter der tonnenschweren sozialdemokratischen Last der Vergangenheit versinken.

Am ersten Kriegstag sitzt Kühnert dann im Fernsehen und sieht ziemlich mitgenommen aus. Er redet von einem «Wendepunkt in der Geschichte» und scheint noch nicht zu begreifen, was das alles heißt. Er erzählt von Gesprächen mit Freunden und Bekannten im Schock. «Alle merken: Hier verändert sich etwas Grundsätzliches.» Doch der Vertreter der Kanzlerpartei weiß keine Antwort an diesem Tag. «Wir kennen die Instrumente gar nicht, wie damit richtig umzugehen ist», sagt er. Ratlos. Aber ehrlich.

\* \* \*

Die Militärexpertin Ulrike Franke kritisiert schon länger: Mit den Millennials sei kein Staat zu machen, wenn es hart auf hart kommt. Von Machtpolitik verstünden sie nichts, alles Militärische sei für sie

Teufelszeug, im Angesicht des Krieges seien sie vollkommen blank. Franke, selbst Jahrgang 1987, ist der Meinung, dass uns unsere friedliche Kindheit für die Gefahren in dieser Welt blind gemacht hat.

Ende Februar scheint sich ihre These zu bestätigen. «Viele in meiner Generation glaubten, militärische Macht sei ein Konzept aus dem vergangenen Jahrhundert. Das bereitet uns nun ziemliche Schwierigkeiten», sagt sie kurz vor Kriegsausbruch in einem Interview mit unserer Zeitung.

Ich fühle mich ertappt. Wenn von der EU als Friedensversprechen die Rede war, fand ich das immer zum Gähnen. Natürlich war ich froh, auf dem ganzen Kontinent Freund:innen zu haben und sie immer und jederzeit besuchen zu können, ohne Grenzkontrollen, ohne Geld zu wechseln. Aber ich hielt es eben für selbstverständlich. Nationalstaaten würden eh irgendwann abgeschafft, dachte ich. Das schien mir eine Kategorie zu sein, die höchstens noch für Trinkspiele taugte.

Zum Beispiel in meinem Erasmus-Jahr in Spanien, beim Eurovision Song Contest. Wenn Frankreich einen Punkt bekam, musste die Französin einen Schnaps trinken, wenn Großbritannien einen bekam, der Brite, und weil im Jahr 2010 Lena Meyer-Landrut gewann, war ich am Ende ziemlich betrunken.

«L'Auberge Espagnole» war das Vorbild, der Film von Cédric Klapisch, den wir im Französisch-Unterricht sahen. Und so ähnlich lebten wir das nach in unseren europäischen Erasmus-WGs, feierten, verliebten uns – und manche der Paare, die sich damals über Sprachgrenzen hinweg bildeten, sind heute Eltern von gemeinsamen Kindern. Der ganz praktische Eintritt in die postnationale Konstellation à la Jürgen Habermas.

Uns fiel damals allerdings nicht auf, wer in der Erasmus-WG fehlte. Ukrainerinnen und Ukrainer wie Marusia und Yaroslav zum Beispiel, mit denen ich während der Belagerung von Kiew Kontakt hielt. Sie erzählten mir aus ihrem Bunker, wie sehr sie sich nach dieser Europäischen Union sehnten. Sie hätten auch gern Erasmus ge-

macht. Sie hätten den Frieden in Europa auch gern für selbstverständlich gehalten. Aber im Gegensatz zu mir wussten sie immer, dass er das nicht war. Und im Gegensatz zu mir bauten sie nun ganz selbstverständlich Molotow-Cocktails.

Ja, wir wurden von der Wirklichkeit eingeholt. Aber ist das wirklich ein spezifisches Problem der Millennials? Sind unsere Eltern nicht genauso Nachkriegskinder wie wir, verwöhnt von Frieden, Sicherheit und Wohlstand? Haben uns nicht die 60- und 70-Jährigen überhaupt erst von Russland abhängig gemacht, in blindem Vertrauen darauf, dass es schon gut gehen würde? Merkwürdigerweise beschuldigt man nun aber vor allem uns, naiv gewesen zu sein. Ja, manche Boomer triumphieren geradezu.

In der WELT belehrt uns der Chefredakteur zum Beispiel, auf welche Werte es jetzt ankomme und auf welche nicht. «Die Freiheit wird eben nicht am Tamponbehälter in der Männertoilette verteidigt», schreibt Ulf Poschardt, sondern «bei unseren Freunden in der Ukraine». Sein Kommentar ist mit «Deutschland ist schwach» überschrieben und voller Bewunderung für den starken Putin und voller Hass auf den «luschigen, passiv-aggressiven Wohlstandszersetzungsaktivismus».

Auch ein CDU-Politiker aus Baden-Württemberg fordert «mehr Geopolitik, weniger Gendersternchen». Und ein Republikaner in den USA, Jahrgang 1961 und somit offenbar ein echter Kalter Krieger, schimpft: «Ihr linken Millennials, die ihr keinen einzigen Tag unter nuklearer Bedrohung gelebt habt, könnt jetzt mal über euren Woke-ness-Quatsch sinnieren!»

Merken die Herren gar nicht, wie sie da im Chor mit Putin und dessen Ober-Popen Kirill singen, der Russland in einem heiligen Krieg gegen «Gayeuropa» sieht? Ja, in Russland gibt es keine Tamponbehälter auf der Männertoilette. Den Himmel über Moskau zieren auch keine Gendersterne. Homosexuelle werden auf offener Straße verprügelt, Transpersonen zu Tode gemobbt, Filme über Elton John zensiert.

Und genau deshalb sollten wir doch das Gegenmodell verteidigen. Deshalb sollten wir unsere Werte hochhalten, den Schutz von Minderheiten, die Gleichbehandlung von Männern, Frauen und Transpersonen. Viele Ukrainer:innen wollen lieber so leben wie wir und eben nicht wie ihre Nachbarinnen und Nachbarn in Russland.

Natürlich braucht es militärische Stärke, um diese Freiheiten nicht nur zu genießen, sondern auch verteidigen zu können. Das haben wir alle, Junge wie Alte, in den letzten Jahren und Jahrzehnten verdrängt. Wir haben es uns bequem gemacht unter dem Schuttschirm Amerikas. Haben uns an unserer eigenen Friedfertigkeit berauscht und ansonsten darauf geachtet, uns nicht die Finger schmutzig zu machen. Ausbaden mussten es die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die uns, man muss es so hart sagen, selbst noch tot und geborgen peinlich waren. Wir hatten uns «von Freunden umzingelt» gewöhnt und stehen plötzlich einem Kriegsverbrecher gegenüber.

Allerdings blicken die meisten Millenials der neuen Realität ins Auge. Es sind eher die Älteren, die der Krieg in eine intellektuelle Krise stürzt.

Die Jüngeren sind erschüttert, aber denken schnell um. In allen drei Regierungsparteien machen sie Tempo. Die Jugendorganisationen von FDP, SPD und Grünen rufen schon unmittelbar nach dem Überfall nach Waffenlieferungen. SPD-Fraktionschef Mützenich spricht noch weiter von Diplomatie, als die Juso-Abgeordneten Jessica Rosenthal und Adis Ahmetovic den russischen Ausschluss aus dem Zahlungssystem Swift fordern. «Die Naivität muss enden», verlangen sie.

Wie bitte? Ausgerechnet die Folklore-Truppe der Jusos wirft den Älteren nun «Naivität» vor?

\*\*\*

Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang kennt den Vorwurf der Naivität. Wie oft hat sie diese Sätze gehört: Sei nicht naiv, das geht doch alles nicht so schnell. Das hier ist Realpolitik, Mädels, kein Wünsch-Dir-Was.

«Naivität ist ein total spannender Begriff», sagt Ricarda Lang, und da merke ich auf. Denn wenn sie das Wort «spannend» sagt, will sie einen Punkt machen. «Spannende Frage», sagt sie zum Beispiel. Und dann holt sie Luft. Es ist eines ihrer Lieblingswörter.

«Es ist spannend», sagt Lang also, mit so einem Blitzen in den Augen, «dass diese Begriffe gepachtet sind von denjenigen, die verwalten, was da ist.» Als naiv gälten oft diejenigen, die etwas anders machen wollten. Dabei sei es doch eher naiv, zu glauben, es könne immer so weitergehen. Zu glauben, wir könnten immer mehr CO<sub>2</sub> in die Luft pusten und immer mehr billiges Gas aus Russland kaufen. «Das ist doch am Ende naiv!»

Ricarda Lang braucht nicht lang, um nach dem Schock vom 24. Februar ihre Sprache wiederzufinden. Schon einen Tag später steht sie selbst vor dem Brandenburger Tor, mit einem gebastelten Schild und dem Schriftzug: Hände weg von der Ukraine. Zum Foto auf Instagram der passende Hashtag: **#StandWithUkraine**. Damit ist demonstriert: Diese Frau weiß, wo sie steht.

Sie kann sich ja auch ganz selbstverständlich auf der richtigen Seite wähnen. Die Grünen waren schon immer gegen Nord Stream gewesen. Die Grünen haben schon immer Putins Russland verurteilt. Die Grünen haben schon immer vor der Gas-Abhängigkeit gewarnt.

Aber ganz so einfach ist es auch wieder nicht. Ihrem damaligen Vorsitzenden Robert Habeck haben die Grünen noch ein halbes Jahr zuvor vehement ausgedrückt, für Waffenlieferungen an die Ukraine einzutreten. Keine Waffen in Kriegsgebiete, so steht es in ihrem Wahlprogramm. Frieden schaffen ohne Waffen, so stand es auf den Demo-Plakaten der Mütter und Väter ihrer Partei. Panisch riefen sie deshalb den eigensinnigen Habeck zurück, fuhren ihm über den Mund,

ließen ihn bedröppelt zurückrudern. Auch Ricarda Lang stimmte in den Chor ein, als Parteilinke und fromme Wächterin über grüne Grundätze.

Bereut sie das im Nachhinein? Das frage ich sie im März bei einer Parteiveranstaltung in Hameln, nur wenige Wochen nach der Zäsur. «Darüber habe ich auch schon oft nachgedacht», bekennt sie ganz offen. Wir stehen nach ihrer Rede draußen in der Frühlingssonne, das Wetter in geradezu gruseligem Kontrast zur Nachrichtenlage. Truppen vor Kiew, Bomben in Mariupol, Raketen in Lwiw. Lang stellt jenes Gedankenspiel in der konjunktivischen Vergangenheit an, das so viele in diesen Tagen anstellen: Was wäre passiert, wenn man damals schon geliefert hätte, und was wäre womöglich nicht passiert?

Deutsche Waffen an die Ukraine wären ein Signal an Putin gewesen, so viel steht fest. Eines, das ihn vielleicht zu Vorsicht gemahnt hätte. Eines, das ihn vielleicht vom Einmarsch abgehalten hätte. Seit 2014 hatte Putin dagegen die Erfahrung gemacht, dass seine Grenzüberschreitungen folgenlos blieben. Dass die dekadenten Demokrat:innen in Europa und den USA sich sowieso nicht einig waren. Dass uns am Ende die Ukraine egal war, solange wir nur billiges Gas aus Russland bekamen.

«Ich weiß es nicht», sagt Lang. «Und trotzdem fragt man sich: hätte man nicht ...»

Es ist keine ratlose Politikerin, die ich an jenem Frühlingstag treffe. Aber eine zweifelnde. Eine, die ihr Zweifeln transparent macht, so ähnlich wie Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Ricarda Lang, Jahrgang 1994, ist keine Pazifistin. So wie kaum jemand in unserer Generation. Die Anti-Atom-Bewegung kennen wir nur aus Fernsehdokus, von den vergilbten Aufnahmen friedensbewegter Massen: blau aufgemalte Friedenstauben, gigantische Raketen-Attrappen, kratzige Wollpullover, wallendes Haar.

Zu den Grünen ging Ricarda Lang wegen deren Sozial-, Frauen-

und Klimapolitik. Nun ist die 28-Jährige allerdings die Vorsitzende einer Partei, die in der Friedensbewegung ihren Ursprung hat. Ein Erbe, das sie erst pflichtgemäß verteidigt – und dann an der brutalen Wirklichkeit zerschellen sieht.

Ricarda Lang reagiert schnell. Die Grünen haben ihre turbulenten Anfangsjahre lange hinter sich gelassen. Jüngere Pragmatiker haben die Partei mittlerweile fest im Griff. Habeck und Baerbock, zehn und 20 Jahre älter als Lang, aber 20 und 30 Jahre jünger als die Grünen der ersten Stunde, geben den neuen Kurs vor. Und Lang zieht sofort nach. Zur Solidarität mit den Ukrainern gehöre, «dass wir sie mit dem Material ausstatten, das sie brauchen», sagt sie drei Tage nach Kriegsbeginn. «Also auch mit Waffen.»

Auch wenn es die Aufgabe einer Parteivorsitzenden ist, das Programm der Grünen gegen die Kompromisse in der Regierung zu verteidigen, gibt es in diesem Fall kein Vertun. Die Grünen müssen umdenken. Radikal umdenken. Und die junge Parteivorsitzende Lang zieht nun durch die Lande, um den verbliebenen Älteren an der Basis den Kursschwenk zu erklären.

Hameln ist ein Zwischenhalt auf dieser olivgrünen Tournee. Die Halle, in der die niedersächsischen Grünen tagen, heißt, natürlich, Rattenfänger-Halle. Auf der Bühne ein Poster von einem gesunden, grünen Baum, das die Trostlosigkeit dieses Indoor-Parteitags bei schönstem Wetter erst recht betont.

Ja, auch sie sei immer gegen Waffenlieferungen gewesen, ruft Lang vor diesem Baumposter. Sie habe Annalena Baerbock durch die Welt reisen, alle diplomatischen Wege gehen, alle Möglichkeiten ausschöpfen sehen. «Ich habe aber auch gesehen, wie Putin die Tür zugeschlagen hat.» Also Waffen. Auch, wenn auf Seite 105 des grünen Grundsatzprogramms etwas anderes steht. Da klatschen die Grünen im Saal tapfer.

Altlinke lassen diese Szenen schaudern. In verschiedenen Briefen melden sie sich besorgt zu Wort: Alice Schwarzer, Richard David Precht, Alexander Kluge, Harald Welzer, Martin Walser, Antje Vollmer, Wolfgang Merkel, Jakob Augstein, Christoph Menke. Altersdurchschnitt: ungefähr 60 Jahre. Am wirkmächtigsten: der große, alte Habermas.

Habermas ist nicht nur der «bedeutendste Denker und Philosoph deutscher Zunge» (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG), der «Hegel der Bundesrepublik» (ZEIT), sondern im Gegensatz zu allen anderen, die sich auf die deutsche Geschichte berufen, auch ein echtes Kriegskind. Geboren 1929, versteckte er sich als halbwüchsiger Angehöriger der Flakhelfer-Generation verzweifelt vor der Wehrmacht, um nicht ganz zum Schluss noch eingezogen zu werden. Und interessanterweise hat Habermas es nun auch auf die Millennials abgesehen.

In einem langen Beitrag für die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG beschreibt der Philosoph einen Generationenkonflikt, der unter ganz anderen Vorzeichen steht als jener, den Poschardt und Co. beschwören. Und doch ist der Vorwurf im Kern ähnlich, auch wenn er im Duktus einer philosophischen Abhandlung daherkommt. Auch Habermas stört sich nämlich an der identitätsbewegten Jugend – nur ist sie ihm nicht zu weich, sondern vielmehr zu militaristisch.

Kurz gesagt unterscheidet er zwischen besonnenen Älteren, die die richtigen Lehren aus dem Kalten Krieg gezogen hätten, und ungestümen Jüngeren, «die zur Empfindlichkeit in normativen Fragen erzogen worden sind, ihre Emotionen nicht verstecken und am lautesten ein stärkeres Engagement fordern». Sie seien eben zu jung, um die richtige «Nachkriegsmentalität» ausgebildet zu haben, klagt Habermas. Leichtfertig setzten sie etwas sehr Kostbares aufs Spiel: den «auf Dialog und Friedenswahrung angelegten Modus der deutschen Politik».

Besonders schockiert Habermas die «Umkehr unserer ehemaligen Pazifisten» bei den Grünen, zumal sie auch noch von rechts be-

klatscht werde. Den Kanzler lobt er ganz ausdrücklich dafür, dem schrillen Drängen dieser ihm unheimlichen Allianz aus neogrünen Panzerfans und konservativen Falken zu widerstehen.

Das klingt so, als sei die Jugend in ihrer Anteilnahme für die Ukraine nicht richtig ernst zu nehmen. Als müsse er, Habermas, diese irrlichternde Jugend einfangen und vor den «rechten Interpreten der Zeitenwende» retten. Warum auch sonst würde Habermas von «unseren» ehemaligen Pazifisten reden, als hätten sie kein Recht auf geistige Flexibilität? Er spricht von links und rechts, als gäbe es diese Kategorien in dieser Klarheit noch, als hätten sich die unreifen Grünen nur verirrt.

Ist vielleicht auch noch der Hauch eines Geschlechterklischees im Spiel? Nur zwei Personen werden von ihm explizit benannt: der Kanzler, «der die sachlich umfassend informierte Abwägung» verantwortet, und die Außenministerin, die «mit glaubwürdigen Gesten und einer bekenntnishaften Rhetorik der Erschütterung» für «Mitgefühl und den Impuls zu helfen» steht, sich «spontan» identifiziert mit «dem ungestüm moralisierenden Drängen» der ukrainischen Führung. Hier der rationale Mann, da die gefühlige Frau.

Wir wären jedenfalls keine richtigen Millennials, wenn wir uns nicht trauen würden, dem großen Habermas zu widersprechen. Es ist die «Selbstgewissheit» unserer Generation, die dem alten Philosophen so zuwider ist. Wie muss es ihm da erst vorgekommen sein, als mein Kollege Simon Strauß, Jahrgang 1988, in feuilletonistischem Furor gegen ihn, den «so sicher verorteten Altlinken», wettete: «Der Chef-Kritiker der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sieht seine Felle davonschwimmen.» Und: «Alles, was Jürgen Habermas Zeit seines Lebens als politischer Kommentator erreicht zu haben meint, löst sich in diesen Tagen auf.»

Das geht dann selbst jenen Altgrünen zu weit, die Baerbocks Waffenwende aus voller Überzeugung mittragen. «Arg dick aufgetragen» nennt das etwa der grüne Gründervater Jürgen Trittin, als ich kurze

Zeit später mit ihm darüber spreche. Und auch der ehemalige Atom-pazifist Winfried Kretschmann spottet, das Verhältnis zwischen Habermas und der FAZ sei ja noch nie besonders gut gewesen. Tenor: Die Millennials sollen es bitte nicht übertreiben.

\*\*\*

Die Linken-Politikerin Heidi Reichinnek steht eher auf der Seite von Habermas. «Da wurde jetzt eine kapitalistische, imperialistische Politik an die Wand gefahren», sagt sie. Und weil ich wohl ziemlich konsterniert dreinschaue, führt sie aus, was sie damit meint. Die Linke habe die Nato auflösen und durch ein neues Bündnis ersetzen wollen. Stattdessen habe die Nato die Eskalation befeuert. Und jetzt habe man den Salat.

Ich rolle mit den Augen. Das ist doch die uralte Leier: *Wir hätten Putin nicht provozieren dürfen ...*

Da jault sie auf: Nein! So meine sie das nicht. «Es gab von Putin unendlich viele Grenzüberschreitungen – darüber müssen wir nicht diskutieren.» Georgien, die Krim, jetzt die ganze Ukraine, sie wolle nichts davon relativieren.

Und dann redet sie trotzdem wieder von den «Drohgebärden der Nato, der Ost-Erweiterung, der Rüstungsspirale». Sie sagt, ganz old-school: «Waffen schaffen eben keinen Frieden.» Gerade «mit unserer Geschichte» verbiete sich das.

Es ist Mitte März, der Angriffskrieg ist noch keine drei Wochen alt, als wir uns zum ersten Mal in ihrem Bundestagsbüro treffen. Ihre Mitarbeiter:innen sind längst im Feierabend.

«Aber Hitler wurde doch mit militärischer Gewalt erst gestoppt!», entgegne ich. Keine Waffen zu liefern, heiße, die Ukraine Putin zum Fraß vorzuwerfen.

Reichinnek beharrt darauf, dass man nicht kontrollieren könne, was mit den Waffen passiere. Und so gehen die Argumente hin und

her – man hat sie schließlich zur Genüge in den Talkshows der Republik gehört und verinnerlicht.

Für die Linken-Politikerin Heidi Reichinnek ist es nicht leicht, eine Position zu finden. Wenn die SPD plötzlich als Verein von Putin-Verstehern dasteht, was ist dann erst die Linke? Die Sympathie für Russland gehört zur DNA der Partei wie das Wettern gegen die Nato. Noch Anfang Februar nahmen etliche Spitzen-Linke unter der Überschrift «Friedenspolitik statt Kriegshysterie» Moskau vor der Nato in Schutz. Und noch wenige Tage vor Kriegsbeginn bestritt Sahra Wagenknecht in der Talkshow von Anne Will vehement, dass Putin einen Einmarsch plane.

Irgendwann seufzt Reichinnek. «Es ist eine unglaublich schwierige moralische Diskussion.» Sie habe ja selber den Impuls, zu denken: «Man muss denen doch jetzt irgendwie helfen!» Gerade die Jüngeren dächten so.

Heidi Reichinnek ist in der DDR geboren, gerade noch so. Im Bundestag sitzt sie allerdings für den Wahlkreis Osnabrück, wo sie seit sechs Jahren lebt. Die Linke, die im Osten eine andere Partei ist als im Westen, kennt sie also von beiden Seiten. Ihr gefällt der Pragmatismus der ostdeutschen Linken und der Idealismus der westdeutschen. «Da bin ich ganz bei Rosa Luxemburg», sagt sie. Im Parlament, also in dieser Welt, gelte es, für die Arbeiter zu streiten. Aber das eigentliche Ziel sei eine andere Gesellschaft. «Da ist es vielleicht ganz gut, dass man beide Sozialisationen hat!», sagt sie lachend. Eine fröhliche, schnell und viel redende Frau mit scharf geschnittenem Pony und tätowierten Armen.

Zu Russland hat diese junge Abgeordnete keine tiefere Beziehung. Aber Reichinnek wurde für die Linke in den Bundestag gewählt, jetzt muss sie die Positionen ihrer Partei nun mal vertreten. So einfach ist das. Oder eher so schwer. «Wir haben uns eindeutig als Friedenspartei positioniert – und müssen jetzt eben mit dem Gegenwind klar kommen.»

\*\*\*

Der Linken Reichinnek würde es ganz und gar nicht gefallen, dass eine junge Parlamentarierin der AfD sie für ihren Kurs ausdrücklich lobt: «Nur auf die Linken ist Verlass», sagt Carolin Bachmann einige Wochen später, als ich ihr Unter den Linden gegenüber sitze. Die Grünen seien doch schon lang keine Friedenspartei mehr.

Bachmann (Jahrgang 1988) ist die einzige junge Frau, die für die AfD im Bundestag sitzt. Ihren Wahlkreis Mittelsachsen hat sie haushoch gewonnen, mit dem bundesweiten AfD-Slogan «Deutschland, aber normal» und mit dem mittelsachsen-spezifischen Slogan «für eine maskenfreie Kindheit».

Am 24. Februar gibt sie auf ihren digitalen Kanälen unverhohlen «dem Westen» die Schuld an Putins Einmarsch. Zwar sei der Krieg durch nichts zu rechtfertigen, schreibt sie zwischen Friedenstauben-Emojis, aber «die jahrelangen Provokationen gegenüber Russland» hätten nun eben zur Eskalation geführt.

Drei Monate später höhnt sie im Café Einstein über die betroffenen Deutschen: «Krieg im Herzen Europas!» Sie macht ein bekümmertes Gesicht. Das sei wieder so ein Framing. Ihres Wissens liege die Ukraine am Rande von Europa, nicht mittendrin. Mit dem emotionalen Gerede vom Herzen wolle man die Deutschen doch nur in einen Krieg treiben, der nicht ihrer sei. Bachmanns Meinung? «Wir sollten uns da raushalten.»

Für die AfD-Politikerin ist das alles nicht sonderlich überraschend, «es schockiert mich auch nicht.» Krieg gebe es überall. Syrien, Libyen, Afghanistan, «es gibt keinen Unterschied, es ist das Gleiche». Hier sei Amerika der Aggressor, dort Russland. Wieso mit zweierlei Maß messen?

Ich kenne diese Strategie. Wir Millennials nennen sie «Whataboutism». Es ist unmöglich, bei einem Thema zu bleiben, weil ständig krude Vergleiche auf den Tisch kommen. Dann ist man damit be-

schäftigt, zu erklären, warum der Vergleich hinkt, und findet sich mir nichts dir nichts in einer Debatte über Syrien wieder, obwohl man eigentlich über die Ukraine reden wollte. Was ist mit Libyen, was ist mit Afghanistan? So hält mich Bachmann auf Trab. So kann sie gut verschleiern, dass sie selbst keine Antworten hat.

Ich versuche, dem Spiel zu entkommen, indem ich ihr einfache, klare Fragen stelle. «Sie wollen also keine einzige Waffe liefern?», will ich wissen. Doch selbst auf diese Frage antwortet sie nicht. «Das Problem ist ein anderes», sagt sie und macht wieder das weite Feld auf, auf dem sie sich wohler fühlt, weil Ja und Nein bis zum Horizont verschwimmen. Wieder kommt sie auf die Vorgeschichte zu sprechen, auf die Nato-Osterweiterung, auf die Schuld des Westens.

Für Bachmann ist es so: «Da macht einer, was er will. Dann wird der andere laut. Und dann heißt es: Der hat mich angebrüllt. Ja gut, irgendwann flippt man halt aus und im Fall Russlands führt das zu einem Angriffskrieg!»

Ich versuche es noch ein paar Mal, frage immer wieder nach dem Jetzt, danach, was sie tun würde, bis es schließlich aus ihr herausbricht: «Ich kann's nicht mehr aushalten. Das ist ein Krieg zwischen Amerika und Russland. Das ist nicht unser Krieg. Wir haben zwei Weltkriege geführt, wir haben Generationen von Männern im Krieg versenkt, wir müssen das nicht nochmal haben.» Grollend beschwört sie das Unheil: «Und wir werden wieder mit drinhängen!»

Mit ihrer Sorge ist die AfD-Politikerin nicht allein. In Abstufungen findet sie sich in allen Fraktionen. Bei den friedensbewegten Älteren von SPD und Grünen, bei den Linken sowieso, aber auch bei den Globalisierungs- und Verflechtungsapologeten von FDP und Union.

\*\*\*

Christina Stumpp kann sich das alles kaum vorstellen. Krieg in Europa, das mache ihr auch «persönlich Angst».

Im Ernährungsausschuss lauscht die CDU-Politikerin bestürzt einem ukrainischen Bauern, der ihr und den anderen Abgeordneten von der Lage vor Ort berichtet. Er beschreibt, wie Landwirte zu Fuß ihre Milch verteilen, weil die Wege abgeschnitten sind. Er beschreibt, wie Bauern ihre Felder nicht bestellen können, weil dort Minen liegen. Oder tote Soldaten.

Stumpp wiederholt vor allem das, was Friedrich Merz in Richtung Ampel poltert. Aus der Opposition heraus ist es leicht, die Regierung als zu lasch, zu lau, zu langsam zu kritisieren. Der zögerliche Kanzler liefert in dieser Zeit genug Angriffsfläche.

Der neue Mann der CDU ist der alte Rivale Angela Merkels. Wobei er sich Mühe gibt, nicht so alt zu wirken, und sich deshalb auch die junge Christina Stumpp, Jahrgang 1987, an die Seite geholt hat. Beide können mit Fug und Recht behaupten, diese Russlandpolitik nicht gemacht zu haben. Gleichzeitig dürfen sie aber auch alle anderen, die in den letzten Jahren mitregiert haben, nicht vor den Kopf stoßen. Zumal es Ministerpräsidenten der CDU gibt, zum Beispiel in Sachsen, die immer noch Verständnis für Putin äußern.

Es ist also kompliziert. Wo links ist und wo rechts, ist nicht mehr so klar. Die Lager verschwimmen. Der Riss geht mitten durch die Parteien. Die einen wollen Waffen liefern, und zwar mehr, schneller und wirksamer. Die anderen wollen lieber keine liefern oder nur solche, die sie «defensiv» nennen – auch wenn nicht so klar ist, warum eine Haubitze als defensiv gilt, ein Leopard-Panzer aber nicht. Die Deutschen, zeigen Umfragen, sind geteilter Meinung. Die Intellektuellen, das zeigen ihre mannigfaltigen Briefe, auch.

Die Jungen unter den Abgeordneten sind sich ebenfalls nicht einig. Die Alten erst recht nicht. Putins Krieg taugt vielleicht einfach nicht als Beispiel für einen Generationenkonflikt.

Im Mai 2022 sitze ich für ein Zeitungsinterview in der prächtigen Stuttgarter Staatskanzlei, als Winfried Kretschmann von der Fluchtgeschichte seiner Eltern erzählt.

Er beschreibt, wie sie vertrieben worden sind aus dem heute polnischen Ermland, wie ein Bruder als Säugling starb. Und er berichtet, wie er nun, mit über 70 Jahren, plötzlich wieder dramatische Fluchtgeschichten höre. Etwa die eines ukrainischen Juden, der als Kind den Holocaust überlebt hat und nun als alter Mann wieder vor den russischen Bomben geflohen ist – nach Baden-Württemberg. «Das ging mir einfach durch Mark und Bein», sagt der Ministerpräsident.

Die Kriegserfahrung hat in ihm eine andere Überzeugung reifen lassen als jene, zu der Habermas kommt. «All das lässt doch nur den Schluss zu, nicht passiv zu bleiben.»

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)